

AFFÄREN

Karibisches Leck

Ähnlich wie Heinrich Kieber hat ein Schweizer Manager geheime Bankdaten entwendet, diesmal im Geldhaus Julius Bär. Die Züricher sehen sich harten Vorwürfen ausgesetzt.

Er heißt Rudolf Elmer, er stammt aus der Schweiz und nicht aus Liechtenstein, und er will keine Millionen, sondern Gerechtigkeit und wohl auch Rache. Aber ansonsten haben Elmer, 53, und Heinrich Kieber viel gemeinsam.

Kieber, 42, der Datendieb, der der Liechtensteiner LGT Treuhand geheime Datensätze über mutmaßliche Steuersünder entwendete und weltweit verkaufte, ist schon heute eine der spektakulärsten Figuren der Finanzgeschichte.

Elmer ist vielleicht gerade dabei, es zu werden.

Wie Kieber war er im Besitz einer großen Menge von Kontodaten reicher Kunden, darunter etliche Deutsche. Wie bei Kieber tauchte bei Elmer ein Teil der Daten im Rahmen staatsanwaltlicher Ermittlungen auf. Doch er behielt, wie sein Pendant in Vaduz, eine Kopie. Sie betrifft einen anderen berüchtigten Finanzplatz – die Cayman-Inseln.

Elmer, der ehemalige Manager der großen Schweizer Privatbank Julius Bär, sitzt in rotem Fleecepulli und Birkenstockschuhen im Esszimmer eines Züri-

cher Apartments bei Freunden. Er hat schütteres Haar und trägt eine randlose Brille, er ist gerade aus Mauritius zu Besuch. Er sagt: „Ich will, dass die Schweizer Finanzwelt ehrlicher, moralischer und ethischer wird.“

Die Daten, die der Schweizer Banker besitzt, sind nicht ganz so umfangreich wie die Liechtensteiner Archivbestände, die Kieber der Wuppertaler Steuerfahndung und dem BND am 12. Juni vergangenen Jahres verkaufte, insgesamt fast fünf Millionen Euro investierten die Behörden.

Der Schatz aus Liechtenstein umfasst Archivbestände der LGT Treuhand bis Ende 2002, 4527 Datensätze über Personen, darunter mehr als 600 Deutsche, die Teile ihres Vermögens in Vaduz deponierten und denen derzeit die Steuerfahnder auf der Spur sind. Der prominenteste Beschuldigte, Klaus Zumwinkel, muss mit einer Anklage rechnen.

Elmers Sammlung betrifft unzählige Kunden, die ihr Geld an einem höchst verschwiegenen Platz geparkt haben: auf den Cayman-Inseln, einer 300 Kilometer südlich von Kuba gelegenen Gruppe von drei



Steuerparadies Cayman-Inseln: Anonymisierte

Karibikinseln, die zum fünftgrößten Finanzstandort der Welt aufgestiegen sind.

Ähnlich wie im Liechtensteiner Fall, der sich wohl zur größten Steueraffäre der Republik entwickeln wird (SPIEGEL 8/2008), könnten auch Elmers Informationen Dutzende Deutsche enttarnen. Die Berliner Steuerfahndung nahm im vergangenen Jahr Vorermittlungen auf, die hessischen Fahnder haben ebenfalls zu ermitteln begonnen. Die Informationen aus Zürich be-

Drohung mit Beugehaft

Im Krimi um die Liechtensteinische Landesbank spielten frühere BKA-Fahnder und das Geldhaus selbst eine ungewöhnliche Rolle.

Im Sommer 2005 suchte die Geschäftsführung der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) Experten für einen heiklen Job. Die Spezialisten sollten Erfahrung als Ermittler haben, über Verhandlungsgeschick verfügen, unter Stress besonnen reagieren und so verschwiegen wie Beichtväter sein.

Ehemalige Beamte des Bundeskriminalamts (BKA), die heute als Sicherheitsmanager arbeiten, waren aus Sicht der Bank genau die richtigen Leute für die Aufgabe. Bei der LLB war ein deutscher

Krimineller aufgetaucht, der Millionen forderte. Für das Geld, so das Angebot des Mannes aus Rostock, werde er die Kopien von rund 2700 Dokumenten beschaffen und den Bankiers übergeben.

Es handelte sich um höchst geheime Daten deutscher Kunden, die ein früherer Angestellter namens Roland L. von 2000 bis 2003 kopiert hatte. L. hatte 18 Millionen Schweizer Franken gefordert und gedroht, die Kontendetails den deutschen Steuerbehörden zugänglich zu machen. Er wur-

de rasch verhaftet und verurteilt, aber damit war die Sache nicht zu Ende.

Denn auf verschlungenen Wegen war der Rostocker Kriminelle an L.s Dokumente gelangt. Sein Name: Michael Freitag, 48. Ihm zahlte die LLB neun Millionen Euro, um die Daten aus dem Verkehr zu ziehen (SPIEGEL 7/2008). Seit Ende vorigen Jahres sitzt er in Haft.

Ende vergangener Woche erhob die Staatsanwaltschaft gegen Freitag und drei Komplizen Anklage wegen „Erpressung in besonders schweren Fällen“. Freitags mutmaßliche Mittäter waren am Erscheinungstag des SPIEGEL verhaftet worden, weil, so die Staatsanwaltschaft, die Tatvorwürfe „zum Nachteil einer liechtensteinischen Bank“ durch den Bericht bekannt geworden waren. Über die Hintergründe ih-



STEFAN SCHMIDT / DPA

Finanzplatz Liechtenstein
Helfer aus Deutschland



DAVID DOUBILET/NATIONAL GEOGRAPHIC/GETTY IMAGES

Droh-Mails an die Bankkunden

legen nicht nur den ungebrochenen Drang vieler Superreicher, möglichst wenig ihres Reichtums mit dem Staat zu teilen. Sie lassen erahnen, wie aktiv manche Bank an dem System beteiligt sein könnte, Geldflüsse zu verschleiern und der internationalen Kontrolle zu entziehen. Ohne die makelnde und mitwissende Assistenz von Bankern in Vaduz, Zürich oder Frankfurt am Main, das glauben die deutschen Steuerfahnder, gäbe es dieses System nicht.

Doch nicht nur die Kunden, sondern auch die Bank soll Steueroasen für eigene Zwecke nutzen. Dies jedenfalls behauptet Elmer in einem öffentlichen Brief und listet vermeintliche Praktiken auf, „die die Bank Julius Bär anwendete“, um eigene „Steuerzahlungen zu vermeiden oder zu verringern“.

Die Vorwürfe wiegen schwer. Der Experte will wissen, wie die Züricher Bank angeblich den Fiskus umgeht. Von einer

„Schattenbuchhaltung“ ist die Rede, weil Bär angeblich Milliardenwerte in der Karibik verwalte, die Gewinne aber steuerfrei in der Schweiz kassiere. In Protokollen und Mails werde „vorgetäuscht, dass das Management in Cayman die Entscheide gefällt habe“, tatsächlich steuere die Züricher Zentrale die Transaktionen.

In der Karibik, legt Elmer nach, handle „eine konzerninterne Pseudo-Versicherungsgesellschaft“, um mit hohen Prämienrechnungen „das Steuersubstrat in der Schweiz und in anderen Ländern zu reduzieren“.

In Elmers Brandbrief geht es auch um womöglich fingierte Darlehen an Kunden, die mit Zinsaufwand die Steuerrechnungen drücken können, und um Vermögensverwalter, die ihre Managementgebühren steuerfrei in der Karibik bunkern. Die Bank schweigt zu den Anschuldigungen. Zu den „in verschiedenen Dokumenten erhobenen Verleumdungen“ nehme man „keine Stellung“.

Doch kann das alles stimmen? Ist die noble Privatbank wirklich derart skrupellos? Oder hat sich Elmer in seinem Hass in eine Schauernmärchenwelt verstiegen? Wenn die Vorwürfe tatsächlich zutreffen, wäre es, nach der Liechtenstein-Affäre, ein weiteres Desaster für das Bankensystem.

Elmer kennt diese Welt so gut, weil er viele Jahre lang Teil davon war. Er hat für Julius Bär bei der internen Revision gearbeitet und komplexe Transaktionen durchleuchtet; 1994 wurde er zum Chefbuchhalter für den Julius-Bär-Ableger auf den Cayman-Inseln befördert. Von seinem Büro aus konnte er auf das azurblaue Ka-

res spektakulären Coups schwiegen die Rostocker Fahnder bisher: Den Erfolg ihrer Ermittlungen verdanken sie früheren BKA-Leuten und einer gezielten Indiskretion der Liechtensteinischen Landesbank.

Der Fall begann für die Strafverfolger am 3. September vergangenen Jahres, ohne dass es eine Spur nach Liechtenstein gab. Michael Freitag zahlte bei der Rostocker Commerzbank 1,4 Millionen Euro in bar ein. Sofort wurde ermittelt, ob der bereits als Bankräuber und Entführer Verurteilte sich womöglich der Geldwäsche schuldig gemacht habe.

Als der Karrierekriminelle zwei Wochen nach der Bareinzahlung versuchte, sich in seine Wahlheimat Thailand abzusetzen, wurde er verhaftet. Er kam jedoch bald wieder frei, weil der Geldwäsche-Verdacht sich nicht erhärten ließ.

Wind von der Liechtenstein-Connection bekamen die Fahnder erst durch die LLB. Einer der Freitag-Komplizen hatte zwei Bankkunden aufgesucht und mit ihren Kontodetails konfrontiert. Nachdem die aufgeschreckten Kunden ihr Geldhaus in-

formiert hatten, ermittelten die von der LLB geheuerten Experten die Identität des Mannes. Ihn zeigte die Bank den deutschen Behörden an.

Daraufhin reiste einer der Rostocker Staatsanwälte nach Liechtenstein, wo ihm die LLB-Manager den entscheidenden Tipp gaben. Sie nannten die Namen der deutschen Helfer, die sie im Fall Freitag angeworben hatten.

Prompt besuchte der Rostocker Staatsanwalt einen von ihnen in Hessen. Als der frühere BKA-Mann sich sperrig zeigte und die Aussage mit Verweis auf das besondere Vertrauensverhältnis zum Kunden verweigerte, drohte der Staatsanwalt, seine Firma dichtzumachen und ihn zur Beugehaft nach Rostock zu bringen. Am Ende bekam die Staatsanwaltschaft zwei Aussagen. Eine davon belastete Freitag schwer. Sie stammt von einem Ex-BKA-Mann, der mindestens zweimal mit Freitag zusammentraf: im August 2005 und im August 2007. Dabei holte er rund 1600 Datensätze deutscher LLB-Kunden zurück und zahlte neun Millionen Euro aus den Tresoren des Geldinstituts.

Die LLB verdankt ihren deutschen Schattenmännern, dass sie knapp zwei Drittel der von L. kopierten Kontensätze sichern konnte. Auch die Anklage gegen Freitag wird in der Bank den Experten zugeschrieben. Auf der Habenseite verbucht das Geldhaus zudem einen positiven PR-Effekt: Weil über ihre Kunden bislang nicht berichtet wird, taucht die Bank nicht groß in den Schlagzeilen auf.

Doch schon bald könnte gegen Hunderte Steueründer ermittelt werden. Nämlich dann, wenn Freitag neben den 1600 von ihm an die LLB übergebenen Datensätzen noch über die restlichen rund 1100 Kundendokumente verfügt.

Für den Rostocker und zwei seiner „erheblich vorbestraften“ Komplizen prüft die Staatsanwaltschaft Sicherungsverwahrung. Damit droht dem Trio lebenslanger Freiheitsentzug.

Freitag bliebe eine Hintertür. Rückt er noch vorhandene Datensätze raus, so könnte sich das strafmindernd auswirken.

ULRICH JAEGER, GUNTHER LATSCH

ribikwasser schauen, selbst im Winter war es über 20 Grad warm. Doch in der Filiale schwelte ein Streit, der Druck wuchs, der überforderte Buchhalter bekam chronische Schmerzen in Hüfte und Rücken. Als diverse Akten verschwanden, unterzog die Konzernspitze ihn und andere Ende 2002 einem Test mit dem Lügendetektor. Vollgepumpt mit Medikamenten, brach Elmer den Test nach der Hälfte ab. Die Zentrale kündigte ihm – in seinen Augen gesetzeswidrig, weil er krank war.

Er war damals auch Hurrikan-Beauftragter der Bank, und zu seinen Aufgaben hatte es gehört, bei einem drohenden Sturm die sensiblen Bankdaten in Sicherheit zu bringen. Elmer verließ deshalb die Caymans stets mit einer Sicherheitskopie des Bankservers, wenn der Wetterdienst gewarnt hatte. „Darum war ich auch bei meiner Entlassung im Besitz einer Kopie“, sagt er. Die Bank nennt das Diebstahl.

Wie Kieber, der anfangs versucht hatte, das Fürstentum Liechtenstein zu erpressen, setzte auch Elmer seine Daten als Druckmittel in der hässlichen Auseinandersetzung mit seinem Ex-Arbeitgeber ein.

ten die Betreiber, die Hauptseite musste vom Netz genommen werden. Die Daten stammen offenbar aus Elmers Bestand.

Der Wirtschaftsprüfer hat sich mittlerweile nach Mauritius zurückgezogen. Dort hat er seinen neuen Job inzwischen verloren, nachdem seine Vorgeschichte bekannt wurde. Er befand sich zeitweilig in psychologischer Behandlung.

Lange Zeit hat die Bundesregierung wenig unternommen, um Steueroasen unter Druck zu setzen. Noch im Januar, bei den Verhandlungen über den Beitritt Liechtensteins zum Schengen-Raum, setzte sich der Bund für das Fürstentum ein. „Erst durch nachhaltigen deutschen Druck“, heißt es in einem Papier des Finanzministeriums, habe man etwa Spanien und Portugal davon abhalten können, den Schengen-Beitritt Liechtensteins so lange zu blockieren, bis Vaduz ein Betrugsbekämpfungsabkommen unterzeichnet.

Das ist gut einen Monat her. Seit Wochenfrist droht Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) nun mit Sanktionen. In seinem Ministerium erwägt man, eine Quellensteuer auf Überweisungen nach Vaduz einzuführen, auch Kontrollmitteilungen bei Transaktionen wären denkbar. Es ist der Versuch, höhere Hürden für Steuerbetrüger aufzubauen, aber das System ändert sich dadurch nicht. Im Grunde ist die Bundesregierung auf die Einsicht des Fürstenhauses in Vaduz angewiesen; auf den Cayman-Inseln hört man ohnehin nur begrenzt auf Steinbrück.

Der Minister erhöht deshalb den Druck: Er ist bereit, das Herrschaftswissen aus Liechtenstein zu kollektivieren. „Wenn es Anfragen anderer Länder gibt, werden wir die DVDs weitergeben“, sagt ein Steinbrück-Vertrauter. Gläserne Finanzen der Anleger sind aus Berliner Sicht ein Weg, der Vaduzer Nebelwand zu begegnen.

Bislang, heißt es im Finanzministerium, habe sich in Berlin allerdings noch niemand gemeldet. Wahrscheinlich hat Heinrich Kieber gleich mit mehreren Interessenten Geschäfte gemacht. Von den Briten weiß man, dass „Henry“, wie Kieber von Freunden genannt wird, ihnen eine Kopie für geschätzte 130000 Euro vermachte. Auch die US-Regierung schloss einen Deal. Woher die schwedischen, italienischen, französischen und australischen Behörden, die ebenfalls ermitteln, ihr Wissen beziehen, ist unklar.

Von der Schweiz hat man bislang nicht gehört, dass sie sich sonderlich interessiert an einer Kooperation gezeigt hätte. Aber das war, bevor Rudolf Elmer zu einem zweiten Heinrich Kieber zu werden drohte.

BEAT BALZLI, HOLGER STARK

GESUNDHEIT

In den Ruin getrieben

Mediziner gehen immer offener mit ihren Kunstfehlern um. Das Prozessrisiko wird vor allem für Frauenärzte und Chirurgen zu einem wirtschaftlichen Fiasko.

Im kleinen Fenster des Schwangerschaftstests erscheinen zwei blaue Streifen: positiv. Der Bluttest beim Frauenarzt bringt Gewissheit für Wiebke Haffner. Als der Mediziner der Kölner Studentin gratuliert, sagt er ihr gleich noch, dass sie sich einen neuen Arzt suchen solle: „Schwangere behandeln wir hier nicht.“

Grund: Die Faszination Geburt verfliegt bei Frauenärzten angesichts der wirtschaftlichen Realität schnell: Mageren Zahlungen der Krankenkassen stehen horrenden Prämienforderungen der für alle Ärzte vorgeschriebenen Berufshaftpflichtversicherung gegenüber.

Während Allgemeinmediziner oder Augenärzte noch mit ein paar hundert Euro Jahresprämie ihre Assekuranz in der Tasche haben, gelten vor allem Geburtshelfer und Chirurgen für die Versicherer mittlerweile als unkalkulierbare Hochrisikogruppen. Sie zahlen die höchsten Beiträge unter Medizinern. Jahressummen bis zu 20000 Euro sind keine Seltenheit. Kein Wunder, dass sich deshalb immer mehr Mediziner von einem Teil ihres einmal gewählten Berufsbilds verabschieden.

Zwar machen diese Fachärzte nicht unbedingt mehr Fehler als andere Mediziner, doch im Schadensfall übersteigen die Haftungssummen schnell die Millionengrenze. „Passiert während einer Geburt ein Kunstfehler, müssen wir lebenslang für das möglicherweise schwerstbehinderte Kind aufkommen“, sagt Hans Geiger, Vorstand der zum Axa-Konzern gehörenden Deutschen Ärzteversicherung.

Der Mythos des unfehlbaren Arztes gerät ohnehin ins Wanken. Medien jagen mutmaßliche Kurpfuscher über Titelseiten und Fernsehbildschirme. Und die Mediziner zeigen sich neuerdings selbstkritisch. Vergangene Woche veröffentlichte das Aktionsbündnis Patientensicherheit eine Broschüre, die das Thema Kunstfehler mit ungewohnter Offenheit angeht.

Prominente Ärzte berichten dort von eigenen Fehlern: Mal wurde ein Harnleiter unterbunden, mal eine Lungenembolie übersehen, mal eine Klemme in der Bauchhöhle des Patienten vergessen. Kunstfehler haben auch und vor allem eines gemeinsam: ihre enorme finanzielle Dimension.



FRANK DARCHINGER / DARCHINGER.COM

Bankhaus Julius Bär in Zürich: Web-Seite verboten

Er verschickte anonymisierte E-Mails an Bär-Kunden, in denen er mit der Offenlegung ihrer Schwarzgeldkonten drohte. „Damit wollte ich mich und meine Familie verteidigen“, sagt er heute.

2005 eskalierte die Affäre. Einer Schweizer Wirtschaftszeitung wurde anonym eine CD mit Kundendaten aus den Jahren 1997 bis 2002 zugespielt, ebenso den amerikanischen Steuerbehörden, allerdings fehlten die Klarnamen der Kunden. Die Bank erstattete Anzeige gegen unbekannt, Elmer musste für 30 Tage in Untersuchungshaft, das Verfahren läuft bis heute.

Der Fluss der Daten war nicht aufzuhalten. Bei „Wikileaks“, einer Internet-Seite für vertrauliche Informationen, tauchten vor Wochen teils echte, teils gefälschte Kundenunterlagen aus der karibischen Bär-Filiale auf. Die Bank-Juristen verklag-